



Unterbezirk
Ruhr-Mitte

07.08.2018

AWO lehnt soziales Pflichtjahr ab

Allgemeiner Pflichtdienst nicht zielführend. Stattdessen sollten die schon bestehenden Freiwilligendienste mehr Wertschätzung erfahren.

Zur aktuellen Diskussion zur Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Die AWO lehnt den Vorschlag, einen allgemeinen Pflichtdienst einzuführen als Sommerlochidee ab. Die Idee eines verpflichtenden

Gesellschaftsjahres ist eine doppelte

Mogelpackung: weder stärken wir die Solidarität und den Gemeinsinn junger Menschen, wenn wir sie in einen Pflichtdienst zwingen, noch erreichen wir damit etwas gegen den Fachkräftemangel im sozialen Bereich. Die AWO ist grundsätzlich davon überzeugt, dass ein soziales Jahr ein großer Gewinn für junge Menschen sein kann, aber nur, wenn es freiwillig erfolgt.

Was wir wirklich benötigen, ist mehr Wertschätzung und Anerkennung für Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten. Dieses Engagement noch viel ernster zu nehmen, würde den Gemeinsinn stärken. Geeignete Maßnahmen dazu wären zum Beispiel eine bessere Anerkennung eines Freiwilligendienstes im Rahmen von Ausbildung, Studium und Beruf sowie freie Fahrt für Freiwillige im öffentlichen Nahverkehr.



Dazu gehört auch, besonderen Lebensumständen z.B. von Menschen mit Beeinträchtigungen Rechnung zu tragen, indem man ihnen unabhängig vom Alter einen Freiwilligendienst in Teilzeit ermöglicht. Darüber hinaus sollte die Politik die Rahmenbedingungen für das Freiwillige Soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst verbessern. Wir haben großartige Erfahrungen zum Beispiel im Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug gemacht, die zeigen, dass Freiwilligendienste den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken können. Geflüchtete haben sich als Freiwillige in unseren Einrichtungen engagiert und selbst durch den Bundesfreiwilligendienst Sprachkenntnisse und Kontakte gewonnen, dass sie nun eine Ausbildung im sozialen Bereich absolvieren.

Das Sonderprogramm Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug läuft Ende 2018 aus. Die AWO fordert, die Mittel aus dem Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug in die Regeldienste BFD, FSJ und FÖJ zu übertragen. Sie sollen genutzt werden, um die neu geschaffenen Plätze zu erhalten und die Inklusion in den Freiwilligendiensten zu fördern. Wir möchten Freiwilligendienste für breite Zielgruppen anbieten, auch für Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen besondere Unterstützungsbedarfe haben. Um das umfassend zu erreichen, muss sich auch die Förderung verbessern.“

Redaktion

Mona Finder/ Pressesprecherin
AWO Bundesverband e. V.